



Dringlicher Antrag

der Grünen-ALG

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 14. März 2019

von

GRⁱⁿ Tamara Ussner

Betrifft: Resolution Klimanotstand

Der Klimawandel ist die größte Herausforderung unsere Zeit. Wenn wir unseren Kindern ein Überleben sichern und unsere Zivilisation erhalten wollen, müssen wir innerhalb der nächsten 12 Jahre die CO₂ Emissionen global halbieren. Am 15. März 2019, also einen Tag nach der Gemeinderatssitzung, findet der erste weltweite Klimastreik statt und es ist davon auszugehen, dass dies einer der größten weltweiten Proteste der Geschichte sein wird - geleitet von jungen Menschen und initiiert von Schüler*innen die um ihre Zukunft kämpfen. Auch in Graz haben sich Schüler*innen zusammengetan, um Friday-for-future-Demonstrationen zu organisieren, zum ersten Mal am 15. Februar. Die Teilnahme und das Engagement war beeindruckend und neben vielen anderen haben auch mehrere Mitglieder der Stadtregierung den Organisator*innen ihre aktive Unterstützung zugesichert.

Allein Worte genügen nicht mehr, gefordert und von den Schüler*innen erwartet werden konkrete Maßnahmen gegen den Klimawandel. Zu den Pflichtaufgaben von Gemeinden und Städten zählen die Errichtung von Schulen, ein funktionierendes System der Abwässer- und Abfallentsorgung, die Sicherung von Kinderbetreuungsplätzen und noch einiges mehr. Es ist jetzt aber höchste Zeit, dass wir als eine unserer städtischen Pflichtaufgaben auch den Kampf gegen den Klimawandel anerkennen. Nur so können wir dafür sorgen, dass unsere Stadt auch noch den nächsten Jahrzehnten lebenswert bleibt.

Genau von diesem Grundgedanken, dass Städte und Gemeinden Verantwortung in Sachen Klimawandel übernehmen sollen und müssen, gehen auch die Initiator*innen der Resolution Klimanotstand aus. Internationale Abkommen und staatliche Regierungen versagen beim Kampf

gegen den Klimawandel, deshalb können und müssen kommunale Strukturen die Führung hin zur nötigen Systemwende in die Hand nehmen. Mittlerweile, nicht mal zwei Jahre seit dem Start der Initiative, gibt es ein Netzwerk von 390 Städten weltweit, die diese Resolution beschlossen haben, um auch den politischen Willen zu zeigen den Klimawandel als das anzuerkennen was er ist: Die größte und komplexeste Krise unserer Zeit!

<http://www.caceonline.org/>

Es geht also darum, ganzheitlich Verantwortung zu übernehmen, Anpassungsstrategien auszuarbeiten, aber auch die Ursachen unserer Emissionen zu bekämpfen. Seit 2014 steigen die österreichweiten Emissionen wieder an, 29% davon kommen aus dem Verkehrsbereich.

(<https://kurier.at/politik/inland/land-der-klimasuender-oesterreichs-verheerende-treibhausgas-bilanz/400392224>). Und es ist eigentlich klar, was zu tun ist. Die Stadt Graz hat mehrere Konzepte und Strategien mit einer Fülle von Maßnahmen erarbeitet und beschlossen, die dazu beitragen, wirksam Emissionen zu reduzieren und die Auswirkungen des Klimawandels zu verringern. Vorab sei hier natürlich die Klimawandelanpassungsstrategie mit dem Aktionsplan genannt, die federführend vom Umweltamt gemeinsam mit anderen Abteilungen erarbeitet wurden und deren Umsetzung nun von der Stadtbaudirektion als koordinierende Stelle vorangetrieben werden soll. Weiters zu nennen ist die Mobilitätsstrategie mit den Verkehrspolitischen Leitlinien und dem Mobilitätskonzept 2020 und der Maßnahmenkatalog zur Feinstaub- und Stickstoffreduzierungen. Alle diese Konzepte und Strategien wurden einstimmig oder mit großer Mehrheit im Gemeinderat beschlossen.

Die politisch Verantwortlichen wissen also, was zu tun wäre und natürlich ist auch einiges passiert, vom Fernwärmeausbau bis hin zu Förderungen von urbaner Begrünung, umweltfreundlichen Fahrzeugflotten, Lastenfahrrädern etc. Doch wenn es um Maßnahmen insbesondere im Verkehrsbereich geht, dann fehlt seit einigen Jahren der Mut zur nötigen Veränderung und die Gemeinderatsbeschlüsse bleiben leere Worthülsen. Anstatt konsequent umzusetzen, werden dann die Daten und Fakten in Zweifel gezogen, die Entwicklung verharmlost oder der Auftrag zur Erarbeitung von wiederum neuen Maßnahmen erteilt.

Wir müssen endlich aus dieser Spirale der Verdrängung, der Mutlosigkeit und der Sonntagsreden rauskommen. Die Maßnahmen sind jetzt zu setzen und nicht irgendwann. Das sind wir den Schüler*innen und Jugendlichen schuldig, die morgen weltweit konsequentes Handeln gegen den Klimawandel einfordern werden.

Im Sinne des obigen Motivenberichtes stelle ich namens der Fraktion der Grünen – ALG folgenden

Dringlichen Antrag

1. Die Stadt Graz beschließt die *Resolution Klimanotstand* <http://www.caceonline.org/> und bekennt sich damit gemeinsam mit 390 anderen Städten weltweit zur kommunalen Verantwortung im Kampf gegen den Klimawandel.
2. Die Stadtbaudirektion und die ihr zugeordneten relevanten Abteilungen, insbesondere die Abteilung für Grünraum, für Verkehrsplanung und für Stadtplanung sowie das Umweltamt entwickeln ein Controlling-Modell, mit dem die im Bereich Klimaschutz relevanten und beschlossenen Maßnahmenpakete und Strategien im Sinne des Motivenberichtes auf den Stand ihrer Umsetzung überprüft werden können. Ein solches Klimaschutz-Controlling-Modell ist dem Gemeinderat bis Juli 2019 zur Beschlussfassung vorzulegen.
3. In Vorbereitung auf die Erstellung der städtischen Budgets 2020 und 2021 definieren alle Mitglieder des Stadtsenates unter dem Titel Klimaschutzmaßnahmen jene budgetären Mittel, die für die Umsetzung von Maßnahmen in den beiden kommenden Jahren benötigt werden.